

Die Uebergabe der Entwaffnungsnote.

Die Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans, sowie der belgische Gesandte haben gestern nachmittag dem Reichskanzler die Kollektivnote übergeben, in der die alliierten Regierungen der Reichsregierung die Maßnahmen mitteilen, von denen sie die Räumung der nördlichen Rheinlandzone abhängig machen.

Der Reichskanzler nahm die Note mit folgender Antwort entgegen:

„Seit der Uebergabe der alliierten Noten am 5. und 26. Januar, auf die Euer Excellenz soeben Bezug genommen haben, hat die Reichsregierung sowohl bei der Beantwortung jener Noten als auch bei anderer Gelegenheit wiederholt Anlaß genommen, ihren Standpunkt in der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone darzulegen. Ich nehme auf diese Erklärungen Bezug. Die mir übergebene Note wird von der Reichsregierung unverzüglich geprüft werden. Die Reichsregierung wird sodann Entscheidung über ihre weiteren Maßnahmen treffen.“

Die Note und ihre Anlagen werden am Sonnabend morgen veröffentlicht werden.

Mit der Ueberreichung der alliierten Note über die Entwaffnungsfrage tritt jetzt die außenpolitische Lage in ein entscheidendes Stadium ein. Wie wir hören, gebt die Reichsregierung nunmehr eine Reihe von diplomatischen Aktionen zu unternehmen, um die Folgen, die sich aus den neuen alliierten Entwaffnungsbedingungen ergeben, abzumildern und zu verhüten, daß die seit den letzten Monaten betriebene Außenpolitik mit einem Mißerfolg über die Regierung Luther-Stresemann endet. Ueber den Inhalt der alliierten Note wird bis zur Veröffentlichung des Dokumentes von Seiten der deutschen Regierungen strengste Stillschweigen gewahrt. Aus den Andeutungen der unterrichteten Stellen kann man nur so viel entnehmen, daß die Lage ziemlich ernst ist, daß aber mit der Wahrscheinlichkeit

baldiger Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten gerechnet werden kann. Im ersten Augenblick erscheint die Situation allerdings so, daß die vorhandenen Schwierigkeiten durch sehr ernste Gegensätze zwischen Deutschland und den Alliierten erheblich verschärft werden dürften. Die

Forderungen der Alliierten erscheinen derartig schwerwiegend, daß man zweifellos mit außerordentlich scharfen Depressionen bei der deutschen öffentlichen Meinung rechnen müssen. Aufgabe der Reichsregierung wird es sein, durch schnelle Entschlüsse dem Standpunkt der beteiligten deutschen Kreise Rechnung zu tragen und die Diskussion mit den alliierten Regierungen sofort aufzunehmen.

Wie die Tägliche Rundschau meldet, weist man in politischen Kreisen darauf hin, daß bei der Fühlungnahme der Reichsregierung mit den hinter dem Kabinett stehenden Fraktionen des Reichstages gewisse Meinungsverschiedenheiten ausstehen könnten, falls das Kabinett unerfüllbare oder auch unberechtigte Zugeständnisse machen würde, um eine möglichst schnelle Räumung der nördlichen Rheinlandzone zu erreichen. Selbstverständlich, so betont die Tägliche Rundschau, sollen die Interessen der Bevölkerung des besetzten Gebietes soweit wie möglich wahrgenommen werden. In dessen dürfen die vom Reichsaußenminister in seiner letzten Reichstagsrede festgelegten Richtlinien gerade in dieser Frage nicht verlassen werden. Maßgebende politische Kreise der Regierungsparteien sind der Ansicht, daß von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung der Forderungen der Botschafterkonferenz die Tatsache sein werde, ob die Note bestimmte Zusicherungen über die Räumung der ersten Rheinlandzone enthält, das heißt, ob ein bestimmter Termin angegeben wurde und ob die jetzt aufgestellten Forderungen so klar und eindeutig formuliert sind, daß über eine Erfüllung oder Nichterfüllung dieser Forderungen nicht nachträglich neue Meinungsverschiedenheiten konstruiert werden könnten. In den parlamentarischen Kreisen der Rechten trägt man sich mit dem Gedanken, nun endlich mit dem Schneeballsystem der alliierten Forderungen in der Entwaffnungsfrage Schluß zu machen.

Keine Räumung Kölns vor Jahreschluss?

Berlin, 5. Juni. Die Morgenblätter melden aus Köln: Wie der Londoner Vertreter der „Köln. Ztg.“ berichtet, beginnt man in englischen politischen Kreisen immer mehr zu zweifeln, daß die Entwaffnungsbedingungen so rechtzeitig erfüllt werden können, daß die Räumung Kölns gleichzeitig mit der Ruhräumung im August erfolgen könnte. Man hält das Jahresende für den frühesten Termin.

Der Streit um den Sicherheitspakt.

Briands Antwort an Chamberlain.

(Eigener Junkspruch der Nadeberger Zeitung.)

Paris, 5. Juni. Die französische Antwort auf die englische Note wurde, wie am Quai d'Orsay verlautet, gestern abend nach London abgefaßt. Das Schriftstück stellt, wie die heutigen Morgenblätter behaupten, die endgültige Fassung des französischen Entwurfes einer Antwort auf das deutsche Sicherheitsangebot dar. Nach den Morgenblättern nimmt die französische Regierung in dem Antwortentwurf mit Genugtuung davon Kenntnis, daß das britische Kabinett bereit sei, die Sicherung der Rheingrenze zu garantieren und die bestehenden Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag und dem Völkervertrag erneut zu festigen. Das Schriftstück enthält keine Anspielung auf etwaige Schiedsgerichtsverträge betr. die West- und Ostgrenzen und hebt lediglich die Frankreich in dieser Frage zugesicherte Handlungsfreiheit ausdrücklich hervor. Die optimistische Auffassung der diplomatischen Kreise habe sich als begründet erwiesen, denn soweit die britische Note unklare Stellen über die Ostgrenzen enthielt, sei sie durch mündliche Zusicherungen der Wortführer des Londoner Kabinetts ergänzt worden, die vielleicht noch schriftlich niedergelegt werden würden. Der Nachtrag werde besonders die Artikel 16 und 17 des Völkervertrages betreffen, die sich auf Verpflichtungen beziehen, im Falle Frankreichs östliche Verbündete angegriffen werden.

Nach dem Petit Parisien ist jetzt nur noch von einem Viermächtepakt die Rede, der auf Belgien, England, Deutschland und Frankreich beschränkt werde. Italien werde den Anknüpfungspunkt zu einem anderen Pakt bilden, an dem Österreich, Deutschland, die Tschechoslowakei und vielleicht noch andere Staaten beteiligt sein würden. Die Blätter betonen allgemein das völlige Einvernehmen zwischen Frankreich und England. Im übrigen wird angenommen, daß Briand und Chamberlain ihren Genuß Aufenthalt dazu benutzen werden, um gewisse noch schwebende Fragen zu klären. Es wird erklärt, daß in Fragen der Abrüstung zwischen Frankreich und England nahezu volles Einvernehmen herrsche. — Die Blätter weisen darauf hin, daß Deutschland jetzt das Wort habe.

Der Temps nimmt die Gelegenheit wahr, um in schulmeisterlichem Tone Deutschland Vorhaltungen und Mahnungen zu gutem Wohlverhalten zu machen. Diese Ausdrucksweise dürfte nicht geeignet sein, in Deutschland eine günstigere Stimmung zu schaffen. Es heißt, man nehme trotz der gerechten Kommentare in einem Teil der deutschen Presse nicht an, daß Deutschland unter dem Vorwand der Nichträumung Kölns das Sicherheitsangebot wieder zurückziehen werde. Die deutsche Regierung wäre sich darüber klar, daß sonst sämtliche Vorteile seit Anfang des Jahres durch den Verlust verloren gehen würden. Schon wegen des Eindringens der öffentlichen Meinung Großbritanniens und Amerikas werde sich Stresemann vor einem übereilten Schritt in acht nehmen, um so mehr, als die Folgen einer neuen Aufhebung Deutschlands (!) denkbar ungünstig wären. Das bringe auch die heute abgefaßte Abrüstungsnote un-

zweideutig zum Ausdruck, indem sie ausdrücklich feststelle, daß die beschleunigte Räumung der Kölner Zone nur eine Frage des guten deutschen Willens sei. Man kann unmöglich annehmen, sagt der Temps, daß eine deutsche Regierung durch Aufsehung eine weitere Sinauschiebung der Räumung der Kölner Zone auf sich zu nehmen gewillt ist.

Abschied von der Papiermark.

Jede Aufwertung von Geldscheinen ausgeschlossen.

Mit dem heutigen Tage verschwindet das übelste Produkt der Inflationzeit, die Papiermark. Auf Grund der Bekanntmachung der Reichsbank vom 5. März 1925 hörte sie mit diesem Tage auf, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Reichsbankdirektor Schott äußert sich aus diesem Anlaß einem Zeitungsverleger gegenüber über die hierdurch geschaffene Lage für das große Publikum: Im Publikum herrschen trotz mannigfacher Bedenken noch viele Irrtümer über das Ende der Mark.

Nicht mehr gesetzliche Zahlungsmittel nach dem 5. Juni sind alle Banknoten, die auf Mark lauten, während alle anderen Zahlungsmittel, die auf Rentenmark oder Reichsmark lauten — mit Ausnahme der wegen vieler Fälschungen ausgerufenen 50-Rentenmark-Scheine — nach wie vor volle Gültigkeit besitzen.

Es kommen vor allem die Billionenscheine in Betracht, die noch in größeren Mengen im Umlauf sind.

Etwa der zwanzigste Teil der ausgegebenen Papiermarkscheine ist noch nicht zurückgeliefert; das ist in Anbetracht der ungeheuren Mengen Papiergeld, die in den letzten Jahren ausgegeben worden sind, nur noch sehr wenig; in Goldmark umgerechnet etwa 50 Millionen Mark, die wohl zum großen Teil, soweit sie nicht durch Verlust oder Beschädigung in Fortfall kommen, in den letzten Tagen noch eingeliefert werden dürften.

Auf die Frage, ob durch den Aufruf kleiner Gruppen, die das Publikum auffordern, das Papiergeld nicht abzuliefern, viel es aufgewertet werden müßte, größere Beträge zurückbehalten würden, erwiderte Reichsbankdirektor Schott: „Das glaube ich nicht. Ich verweise darauf, daß eine Aufwertung 1. durch unser Gesetz abgelehnt worden ist, daß dies 2. der Dawes-Plan verbietet, und daß 3. die Klage des Feuerwehmannes Jaenisch gegen uns die prinzipielle Bedeutung hat, daß sie abgewiesen worden ist und nach meinem Dafürhalten auch in der Revisionsinstanz ebenso abgewiesen werden dürfte.“

So wie die Dinge jetzt liegen, ist jede Aufwertung von Geldscheinen auch in Zukunft ausgeschlossen.

Der 5. Juni ist gleichsam der endgültige Strich unter die Inflationzeit. Wer sich umhine Mähe ersparen will, schloß der Direktor Schott, „siehe gleich noch einmal Briefkasten und Spartrumpf nach, ob sich in ihm vielleicht noch ein auf Mark lautender Papierschein befindet. Denn am 6. Juni nimmt außer der Reichsbank selbst kein Mensch mehr diesen Schein, da die Scheine mit dem 5. Juni ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verlieren.“

Die Lage in China.

Die Nachrichten aus Schanghai sind nach wie vor voller Widersprüche. Einerseits wird über eine Besserung der Lage berichtet, andererseits nimmt die Streikbewegung an Auswirkung zu. Die Anzahl der Streikenden in Schanghai wird heute auf 100 000 geschätzt. Zwei englische Kreuzer sind in Schanghai, zugleich mit Unterseebooten und Kanonenbooten, eingetroffen. Weitere Kriegsschiffe werden heute in Schanghai erwartet. In amtlichen Kreisen ist man der Meinung, daß mit dieser Verstärkung die Lage in Schanghai gesichert ist. Der russische Botschafter in Peking hat gestern an die chinesische Regierung eine Sympathienote gerichtet.

In Peking sind die Bemühungen der Studentenschaft, mit der Kaufmannschaft eine Kommission zu bilden, fehlgeschlagen. Die chinesische Handelskammer hat es abgelehnt, den Streit zu erklären. Man weist darauf hin, berichtet Reuter, daß sich die Demonstrationen fast ausschließlich gegen Engländer und Japaner gerichtet hätten und nicht gegen andere Nationen. Der diplomatische Mitarbeiter des Evening Standard bezeichnet die Lage als gebessert, wenn auch noch als ä u ß e r s t e n s t. Ein Bericht des Star ist weniger optimistisch. Er weist auf den fremdenfeindlichen Charakter der Bewegung hin. An der Börse zeigen die chinesischen Werte eine nicht unerhebliche Abschwächung. Alles in allem läßt sich nach den Eindrücken der gesamten Nachrichten in London nicht bestreiten, daß die Lage als recht ernst anzusehen ist. Es sind weniger die tatsächlichen Ereignisse, welche Beunruhigung verursachen, als vielmehr der ausgesprochene fremdenfeindliche Charakter der Bewegung. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die englische und interalliierte Politik seit Ende des Krieges bis zur Gegenwart den Boden für eine solche fremdenfeindliche Bewegung vorbereitet hat. Insbesondere trägt das Vorgehen gegen die deutsche Kolonie in China, die im Jahre 1919 von der chinesischen Regierung auf Drängen der Engländer und Amerikaner deportiert worden ist, nun Früchte. Dadurch ist das Ansehen Chinas im Ausland stark herabgesetzt worden. Es war nicht überraschend, daß nunmehr seitens der chinesischen Bevölkerung die Forderung gestellt wird, auch den übrigen Ausländern die Exterritorialität zu nehmen, die man den Deutschen im Friedensvertrag genommen hatte.

Die Lage äußerst kritisch.

(Eigener Junkspruch der Nadeberger Zeitung.)

Nach amerikanischen Meldungen hat der amerikanische Generalkonsul dem Staatsdepartement aus Schanghai mitgeteilt, daß die Situation sich immer kritischer gestaltet und die fremdenfeindliche Bewegung immer mehr um sich greife. Ein Angriff der Streikenden auf japanische Fabriken sei unter Verlusten zurückgeschlagen worden. Eine amerikanische Matrosenabteilung erwartet den Angriff auf den Wasserturm. Die Straßen in der Nähe des Wasserturms werden andauernd von zwei Panzerautos bewacht.

Politische Tageschau.

Der Reichsverkehrsminister beichtigt das Nachener Industriegebiet. Nachdem erst vorgestern der preussische Handelsminister Dr. Schreiber in wirtschaftlichen Angelegenheiten Nachen einen Besuch abgestattet hatte, weilte gestern Reichsverkehrsminister Dr. Krone in ähnlicher Mission in Nachen. Der Besuch erfolgte, um in Verfolg der kürzlich vom Reichstagsabgeordneten Sinn im Reichstag eingebrachten Interpellation über den Bau des für das Nachener Wirtschaftsgebiet so ungeliebten wichtigen Seitenkanals zum Rhein, Besichtigungen vorzunehmen und Feststellungen zu machen. Der Minister hatte bereits eine eingehende Besprechung mit dem Reichstagsabgeordneten Sinn, dem Regierungspräsidenten, Vertretern der Städte, Industrie- und Handelskammer. Es fand auch eine eingehende Besichtigung des Nachener Industriegebietes, insbesondere des Wurmbergangebietes statt.

Ein Mitglied der Pariser deutschen Wirtschaftsdelegation nach Berlin abgereist. Geheimrat Matthes, Mitglied der deutschen Wirtschaftsdelegation, der die Fühlung mit den Schwerindustriellen aufrecht erhält, ist gestern abend nach Berlin abgereist.

Frankreich.

Ministerrat-Sitzung. Der Ministerrat beschäftigte sich mit der Lage in Marokko. Nach dem offiziellen Kommuniqué spielen sich keine besonderen Kampfhandlungen ab. Die Lage gibt zu keinerlei Sorge Anlaß. Bei Ausgang der Sitzung erklärte Briand im Hinblick auf die Garantievertragsverhandlungen, daß er ein volles Einvernehmen mit Großbritannien herbeiführen werde. Die Antwort auf das Sicherheitsangebot werde erst gegen Ende der Sitzung des Völkervertrages nach Berlin gefandt werden. Caillaux erklärte auf Anfrage, daß die Devisenkauffe sich durch die Rohstoffläufe der Baumwollindustrie erklären lasse, welche zu dieser Zeit des Jahres zum Abschluß gelangen. Es könne im Augenblick keine Rede davon sein, Goldreserven zur Durchführung einer Aktion auf den Markt zu werfen da die Hausse nicht durch Spekulation hervorgerufen worden sei.

Spanien.

Eine spanisch-französische Marokkokonferenz. Aus Barcelona wird gemeldet, daß General Primo de Rivera in einem Interview die Eröffnung einer franko-spanischen Konferenz über Marokko als bevorstehend angekündigt habe. Die Bevollmächtigten der beiden Regierungen würden über die Grundlinien eines Abkommens verhandeln, das von beiden Mächten ratifiziert wird. Das spanische Direktorium wünsche, daß die Konferenz in Madrid tagt, doch seien darüber noch keine Bestimmungen getroffen.

Amerika.

Protest der Vereinigten Staaten gegen die Ansprüche Kanadas auf den Nordpol. Nach einer Meldung aus Neunort beabsichtigt die Regierung der Vereinigten Staaten, gegen die Ansprüche Kanadas auf den Nordpol Protest einzulegen.